

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	21. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	16. Februar 2016, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

6.

Punkt 5 der Tagesordnung: Vermeidung von Stromsperrern

Antrag der Stadträtinnen Bettina Lisbach und Zoe Mayer, der Stadträte Michael Borner und Alexander Geiger (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 3. Dezember 2015

Vorlage: 2015/0763

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 5 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Wir sind heute überaus zufrieden, wie die Stadt Karlsruhe unser Anliegen aufgenommen hat. Kernstück des Saarbrücker Modells ist eine Einwilligungserklärung von Sozialleistungsbeziehern, die einen Datenaustausch zwischen den Stadtwerken und dem Jobcenter ermöglicht. Liegt eine Einwilligungserklärung vor, könnten die Stadtwerke das Jobcenter der Stadt Karlsruhe darüber informieren, welchen Kunden eine Stromsperre droht. Entsprechende Maßnahmen zur Vermeidung von Stromsperrern könnten ergriffen werden. Das wäre dann auch eine Maßnahme, die im akuten Fall greifen würde. Das Jobcenter könnte dann versuchen, mit Darlehen oder Stundungsanträgen die drohende Abklemmung zu verhindern, während die bisher in Karlsruhe praktizierten Maßnahmen wie Stromspartpartner, Kühlgeräteaustausch nur prophylaktischen Charakter haben. Dass die Karlsruher Passinhaberinnen ohne Sozialleistungen in den Genuss von Beratungsleistungen der KEK kommen, wie von uns beantragt, ist nur eine logische Konsequenz aus bisherigen Beschlüssen des Gemeinderates.

Ich möchte aber doch noch einige kritische Worte zu den Prepaidzählern machen, die auch von unseren Stadtwerken eingesetzt werden. Prepaidzähler machen aus Sicht vieler Sozialverbände soziale Not unsichtbar. Ein Prepaidzähler für Strom kann für einzelne

Verbrauchergruppen eine gute Lösung und Unterstützung sein. Insbesondere schafft er Kostentransparenz und Kostenbewusstsein. Vor allem für Bürgerinnen die unzureichende Finanz- und Planungskompetenzen haben kann er hilfreich sein. Andererseits kann ein Vorkassezähler weitere erforderliche Maßnahmen zur Bekämpfung strukturelle Problemlagen nicht ersetzen, z. B. unzureichende Einkommen und Renten, unzureichender Regelbedarf für Haushaltsenergie, eingeschränkte Energiesparmöglichkeiten wegen energieintensiver Altgeräte. Die Not wird dann unsichtbar, wenn die Person, die Familie, kein Geld zum Aufladen ihres Gerätes hat. Sie verschwinden dann schlichtweg aus dem Fokus der Gesellschaft.

Ich habe mich gestern mal bei im Beratungsladen der Stadtwerke in der Kaiserstraße erkundigt. Es ist ziemlich schwierig. Man kann diese Geräte nur in der Daxlander Straße bei den Stadtwerken aufladen. Das zweite große Problem ist, der PIN sollte an mehreren Stellen aufladbar sein, wenn man sich für dieses Konstrukt entschieden hat. Aus diesen Gründen bitten wir die Stadtverwaltung bei ihren Beratungen sich auch dieses Themas anzunehmen, dass man es da noch einmal sozialpolitisch kritisch hinterfragt. Wir freuen uns auf die Beratung im Sozialausschuss und, Frau Mayer, vielleicht im Aufsichtsrat der Stadtwerke. Wir sind sehr zufrieden.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Normalerweise kritisiere ich immer die Grünen, wenn sie einen Antrag aus einer anderen Stadt übernehmen, aber dieses Mal muss ich sagen, dieses Stromsparmодell aus Saarbrücken ist eine gute Sache. Ursächlich in Saarbrücken war, dass dieses Saarbrücker-4-Punkte-Modell ins Leben gerufen wurde, weil damals durch einen Brand vier Kinder auf tragische Weise ums Leben gekommen sind. Ursache war, der Strom war abgestellt und die Familie hat sich mit Kerzen usw. hier über die Dunkelheit hinweggeholfen. Damit so etwas nicht mehr passiert, hat die Stadt Saarbrücken dieses Modell ins Leben gerufen, und es hat dort auch Erfolge gezeigt. Uns freut es, dass die Verwaltung diesen Vorschlag aufgenommen hat. Wichtig ist nochmal dieser Hinweis auf den Datenschutz, wo vor allem die rechte Seite großen Wert drauf legt, dass das hier mit einbezogen wird. Wir freuen uns auch auf das Ergebnis im Sozialausschuss und sind dieses Mal ausnahmsweise mit dem Antrag zufrieden.

Stadträtin Melchien (SPD): Dem vorliegenden Antrag zur Vermeidung von Stromsperren können auch wir als SPD-Fraktion gerne zustimmen. Wir freuen uns über diese Initiative und danken den Antragstellern weil wir glauben, dass die Ausweitung des Projekts Stromsparerpartner und das Aufgreifen des Saarbrücker 4-Punkte-Modells gute und wichtige Schritte sind, Karlsruhe als soziale Stadt weiter zu entwickeln. Die Vermeidung von Notlagen von Frauen und Männern und insbesondere von Kindern in unserer Stadt bleibt unser Anliegen. Gerne werden wir daher im Sozialausschuss und im Aufsichtsrat der Stadtwerke an konkreten Schritten und Maßnahmen mitarbeiten, um Stromsperren mit den beschriebenen Folgen in der Zukunft noch besser zu vermeiden.

Ein großes Anliegen und eine konkrete Aufforderung an die Verwaltung unsererseits ist es, rechtzeitig vor Ende des Projekts Stromsparerpartner im kommenden Jahr über die Zukunft dieses erfolgreichen Projekts in den Gremien zu beraten.

Stadtrat Braun (KULT): Karlsruhe - soziale Stadt. Diesem Anspruch kamen wir in den vergangenen Jahren sehr gut nach. Jetzt heißt es, trotz Haushaltsstabilisierung diesem

Anspruch weiterhin gerecht zu werden. 1.750 Haushalte in Karlsruhe ohne Strom - jedes Jahr. Hiervon sind natürlich überwiegend sozial schwächer gestellte Familien, einkommensschwache Familien, alleinerziehende Mütter und von Altersarmut Betroffene Rentner und Betagte betroffen. Gerade in der Winterzeit dürfen wir mit dem Anspruch an eine soziale Stadt nicht einfach wegschauen. Was mit einer nicht bezahlbaren Stromrechnung beginnt, mündet oft in einer psychischen Erkrankung und kann in Extremfällen, gerade in der kalten Jahreszeit, noch fataler enden. Das Saarbrücker Modell konnte die geplanten Stromsperren im Einführungsjahr von 50 % auf 30 % senken. Ein Erfolgsmodell also. Nun haben wir durch den Antrag die Möglichkeit, dieses Projekt auch auf Karlsruhe zu übertragen, um auch in diesem Bereich soziale Stadt zu bleiben. Wir begrüßen, dass ein entsprechendes Konzept erarbeitet wird und uns im Sozialausschuss sowie im Aufsichtsrat der Stadtwerke vorgestellt werden soll.

Stadtrat Jooß (FDP): Erfreulich ist die tolle konzertierte Aktion von Stadtwerken, KEK, Jobcenter und Sozial- und Jugendbehörde. Was wir nicht können, ist, die Stadtwerke, die auf den freien Strom- und Gasmarkt agieren muss, mit prekären Fällen im Regen stehen zu lassen. Sie brauchen eine Handhabe, um für ihren gelieferten Strom und Gas entschädigt zu werden. Was uns im Zusammenhang mit diesem Thema natürlich interessieren würde, wie hoch sind die Verbräuche des hier angesprochenen Personenkreises im Vergleich zur restlichen Bevölkerung. Wir erwarten in der Aufsichtsratsitzung der Stadtwerke und im Sozialausschuss eine baldige Antwort. Gespannt warten wir auf das Konzept, das wir hoffentlich bald in den Gremien vorgestellt bekommen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Auch wir von der AfD unterstützen diesen Antrag, weil er einfach notwendig ist, da der Strom immer teurer wird. An der Verteuerung des Stroms sind allerdings fast alle Parteien, die hier vertreten sind, dran schuld. Allein nur die Umlage für die erneuerbaren Energien, die jeder Privatkunde zu zahlen hat, beträgt inzwischen schon über 6 Cent pro Kilowattstunde, was ungefähr das Doppelte von dem ist, was der Strom an Großhandelspreisen inzwischen kostet. Die Grundlast wird für ungefähr 3 Cent die Kilowattstunde erzeugt. Die Kunden bezahlen 6 Cent nur an Umlage für die erneuerbaren Energien. Wir sind jetzt im Bereich von 30 Cent, was man als privater Kunde bezahlen muss, viel höher als in anderen Ländern. Deswegen ist es auch kein Wunder, dass die Fälle, in denen der Strom abgestellt wird, immer mehr werden, weil einfach der Strom viel zu teuer wird. Da sieht man auch, dass teurer Strom ein soziales Verbrechen ist.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Die erneuerbaren Energien dafür verantwortlich zu machen, dass die Stromkunden zum Teil arm sind und den Strom nicht zahlen können, ist schon sehr abenteuerlich. Es sind vor allen Dingen die immer mehr steigenden Mieten, die für dieses Problem verantwortlich sind. Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander, wie wir dieser Tage wieder lesen können. Es ist nicht unwichtig, auch diese 30 % Menschen in Saarbrücken, die eben auch durch das neue Angebot nicht erreicht werden konnten, nicht aus den Augen zu verlieren. Das muss man sich mal vorstellen, 30 % von denen, in Karlsruhe 1.750, das wären immer noch einige hundert, die dann ganz durchs Netz fallen. Wenn man sich mal überlegt, was das bedeutet, keinen Strom zu haben, kein Licht, kein warmes Essen, keine saubere Wäsche und so weiter und so fort, da setzt sich oftmals so eine Negativspirale in Gang bei Menschen, dass sie eben noch stärker ausgegrenzt und noch stärker vom Arbeitsmarkt und

von sozialen Kontakten abgeschnitten sind. Wenn hier in Karlsruhe diskutiert wird über Maßnahmen, dann sollten wir versuchen, auch diese 30 %, die übrig bleiben, in den Blick zu nehmen und darauf hinwirken, dass wir überhaupt niemanden haben, der vom Stromnetz abgeschnitten wird.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Ich habe jetzt allgemeine Zufriedenheit über die vorgeschlagene Vorgehensweise der Verwaltung vernommen. So werden wir das dann angehen.

Ich darf für das Protokoll noch feststellen, dass Frau Stadträtin Mußgnug aus gesundheitlichen Gründen ebenfalls heute nicht da sein kann.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
19. Februar 2016